

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

17. WP - 39. Sitzung

am Donnerstag, dem 10. Februar 2011, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Sönnichsen (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Astrid Damerow (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Daniel Günther (CDU)

i. V. v. Hans Hinrich Neve

Birgit Herdejürgen (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Katharina Loedige (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Dr. Robert Habeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Jürgen Weber (SPD)

Ulrich Schippels (DIE LINKE)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Mittelstandes (Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz)	4
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/1159	
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1227	
(überwiesen am 27. Januar 2011 an den Wirtschaftsausschuss , den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)	
2. Aufwendung des Landes für schiffahrtspolizeiliche Aufgaben des Bundes vollständig erstatten	5
Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 17/1177	
(überwiesen am 28. Januar 2011 an den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)	
3. Verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung	6
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/804	
(überwiesen am 28. Januar 2011 an den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung)	
4. Information/Kenntnisnahme	7
Umdruck 17/1813 - Hochschulen Umdruck 17/1844 - Hochschulen Umdruck 17/1852 - Datenschutz Hochschulen	
5. Verschiedenes	8

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Mittelstandes (Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/1159

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1227

(überwiesen am 27. Januar 2011 an den **Wirtschaftsausschuss**, den **Finanzausschuss** und den **Innen- und Rechtsausschuss**)

Einstimmig schließt sich der Finanzausschuss dem Verfahren des federführenden Wirtschaftsausschusses an.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Aufwendung des Landes für schiffahrtspolizeiliche Aufgaben des Bundes
vollständig erstatten**

Antrag der Fraktion des SSW
Drucksache 17/1177

(überwiesen am 28. Januar 2011 an den **Finanzausschuss** und den Innen- und
Rechtsausschuss)

Abg. Harms weist unter Bezugnahme auf eine Stellungnahme der Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste, die er dem Finanzausschuss zugänglich macht (siehe Umdruck 17/1900), darauf hin, dass die Wasserschutzpolizei des Landes unentgeltlich Aufgaben für den Bund wahrnehme.

Abg. Koch und Abg. Loedige bitten die Landesregierung, zu dem SSW-Antrag Stellung zu nehmen und detailliert darzulegen, welche Aufgaben in Landes- beziehungsweise Bundeszuständigkeit fielen und welche Kosten verursachten.

AL Muhlack macht darauf aufmerksam, dass sich die seit Jahrzehnten ausgeübte Aufgabewahrnehmung der Wasserschutzpolizei aus polizeilicher Sicht bewährt habe. Weil das Zuständigkeitsgeflecht auf dem Wasser außerordentlich komplex sei, sei eine eindeutige Aufgabenabgrenzung und Kostenzuordnung schwierig. Im maritimen Bereich habe man ein gut funktionierendes System, und am Havariekommando und Maritimen Sicherheitszentrum in Cuxhaven leiste der Bund einen überproportionalen finanziellen Anteil, der den Ländern zugute komme.

Abg. Harms fordert die Landesregierung auf, Verhandlungen mit dem Bund aufzunehmen und den Ausschuss vor der Sommerpause über den Stand der Verhandlungen mit dem Bund zu informieren.

Der Ausschuss will über den SSW-Antrag auf der Grundlage des Berichts der Landesregierung im Juni 2010 beraten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/804

(überwiesen am 28. Januar 2011 an den **Finanzausschuss** und den Innen- und
Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Antrag von Abg. Heinold, eine schriftliche Anhörung zum Bericht der Landesregierung durchzuführen, wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis nimmt der Ausschuss den Bericht Drucksache 17/804 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 17/1813 - Hochschulen

Umdruck 17/1844 - Hochschulen

Umdruck 17/1852 - Datenschutz Hochschulen

Der Ausschuss nimmt die drei Umdrucke ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Am 17. Februar 2011 findet keine Finanzausschusssitzung statt; die **nächste Ausschusssitzung** findet am **3. März 2011** statt.

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 10:25 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer